

Niederschrift

zur 13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 18.06.2020	18.30-20.50 Uhr	e.dis-Arena, Hegelstraße 30, Fürstenwalde/Spree

Anwesenheit

Vorsitz

Uwe Koch ,

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda , Monika Fiedler , Peter-Martin Mattigk , Gerold Sachse , Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Gernot Geike , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati , Jürgen Teichmann ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Kai Hamacher , Iris Jatzek , Christina Krüger , Nancy Krüger ,

SPD-Fraktion

Dr. Dr. Franz H. Berger , Juliane Meyer , Sebastian Rausch , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich , Enrico Biagini , Jürgen Gebauer , Rolf Peter Hooge ,

Bürgermeister

Matthias Rudolph ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter Apitz , Cornelia Behrmann , Bernd Saliter ,

Verwaltung

Melanie Brückner , Franka Koch , Christfried Tschepe , Stefan Wichary ,

Abwesend

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Altmann entschuldigt, Thomas Fischer entschuldigt,

Alternative für Deutschland (AfD)

Axel Fachtan entschuldigt,

Fraktionsloser Abgeordneter

Thomas Apitz entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und heißt alle Anwesenden herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 27 Stadtverordnete (ab 19.35 Uhr) 28 und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zur Feststellung der Tagesordnung wird folgendes vorgetragen:

- TOP 13.4. Der Bürgermeister hat seinen Widerspruch gegen die Untersagung der Nebentätigkeit zurückgezogen. Der TOP ist damit entbehrlich.
- TOP 8.6. Die SPD-Fraktion will ihren Antrag zur Erstellung einer Nachtragshaushaltssatzung als Einbringung und Verweisung in die Fachausschüsse verstanden wissen.
- TOP 5 Informationen des Vorsitzenden werden in den nichtöffentlichen Sitzungsteil verschoben (Info über Akteneinsicht)
- TOP 8.9 und 8.10. zur Anzahl und Benennung sachkundiger EinwohnerInnen soll in eine zu bildende AG zur Überarbeitung der GeschO eingebracht werden
- TOP 8.4 und 8.5 Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Geschäftsordnung sollten ebenfalls in diese Arbeitsgruppe verwiesen werden.
Die einbringende Fraktion spricht sich nur unter der Prämisse dafür aus, dass bis Dezember 2020 Arbeitsergebnisse vorliegen und eine abschließende Regelung gefunden wird.
- TOP 14 Informationen der Verwaltung (Steuerungsgruppe Tesla) – der Bürgermeister wird unter dem TOP entsprechende Informationen geben
- TOP 8.13 und 8.14 Änderungen zum Beschluss über die temporäre Nichterhebung von Kitaentgelten und Essengeld – der Erste Beigeordnete führt aus, dass diese beiden TOP's entbehrlich sind, da seit Montag zum Regelbetrieb in den Kitas zurückgekehrt wird

Weitere Einreden zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Niederschrift

Zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 14.05.2020 gibt es keine Einreden.

TOP 5 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet kurz, dass die Verwaltung seit dem 15.6.2020 wieder in den eingeschränkten „Regelbetrieb“ zurückkehrt. Das strikte Schichtsystem wurde gelockert und ein Arbeiten ganztätig im Büro ist wieder möglich. Aus Vorsicht wurde die Teambildung nicht aufgehoben, so dass man bei Erfordernis wieder in den Krisenmodus wechseln kann. Das Rathaus wurde für sämtlichen Publikumsverkehr ebenfalls noch nicht geöffnet, vielmehr ist aus Vorsicht eine Lockerung erst nach der Urlaubsphase geplant.

Herr Rudolph bedankt sich bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit, insbesondere dankt er den MitarbeiterInnen des Krisenstabs, des Ordnungsamtes, des Bürgerbüros und der Wohngeldstelle. Er dankt auch den Kitas, Horten und allen Ungenannten für ihren Einsatz und die Disziplin sowie allen EinwohnerInnen, die sich an die EindämmungsVO gehalten haben. Nur dadurch ist unsere Stadt mit nur 17 Fällen relativ gut durch diese Situation gekommen.

Der Bürgermeister informiert, dass die Kooperationsvereinbarung eines Tesla-Umfeld-Entwicklungskonzeptes auf den Weg gebracht wurde. Am 28.05.2020 wurde sie im Beisein des Ministers Beermann unterzeichnet. Verbunden ist die Vereinbarung mit einer Finanzierungsverpflichtung für die Stadt Fürstenwalde/Spree in Höhe von 2.000 €. Die Präsentation zur Kooperationsvereinbarung seitens der Gemeinsamen Landesplanung ist den Stadtverordneten zunächst nichtöffentlich zur Verfügung gestellt, um über den weiteren Ablauf zu informieren.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Stadt Fürstenwalde/Spree als Regionaler Wachstumskern mit Hilfe der OWF einen Antrag auf Regionalmanagement nach der GRW I-Richtlinie gestellt. Damit soll die @see-Kooperation verstetigt werden. In den umliegenden @see-Gemeinden werden mit dem Regionalen Wachstumskern gerade die entsprechenden Kooperationsvereinbarungen vorbereitet und hoffentlich verabschiedet. Sofern der Bescheid vorliegt, würde das bei einer Bewilligung für Fürstenwalde bedeuten, dass die Stadt dann gemeinsam mit den @see-Gemeinden und dem Landkreis für die nächsten 3 Jahre einen Eigenanteil von 66.000 €/Jahr beisteuern müsste. Entsprechende Beschlüssen würden für die Stadtverordneten rechtzeitig vorbereitet werden. Hintergrund ist, dass das Förderprogramm @see ausläuft.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Herr Wolfgang Riebe mit der Tonaufzeichnung und Wiedergabe einverstanden meldet sich zu Worte, um den Vorsitzenden zu fragen und aufzufordern, sein Amt niederzulegen. Er begründet das entsprechend mit einigen Beispielen und mit der Sitzungsleitung, die nach seiner Auffassung zu wünschen übriglässt. Auf eine entsprechende E-Mail an Herrn Koch, hat er noch keine Antwort erhalten.

Herr Geike merkt an, von persönlichen Statements abzusehen, da der TOP Einwohnerfragestunde heißt.

TOP 7 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Benennung von Anträgen für nachfolgende Sitzungen

TOP 7.2 Antrag der FDP-Fraktion: Errichtung von Wohnmobil-Stellplätzen 7/AN/129

Im Ergebnis der Beratungen in den Fachausschüssen hat die einbringende FDP-Fraktion ihren Antrag dahingehend präzisiert bzw. geändert, dass die Stellplätze nunmehr auf dem Parkplatz an der Bullenwiese errichtet werden sollen.

Frau Schumann erläutert noch einmal die Gründe dafür, u.a. sind offensichtlich nach neuesten Erkenntnissen Stromanschlüsse anliegend, die perspektivisch für Stromzapfsäulen (im Jahre 2021) genutzt werden können. Das ist ein Prüfauftrag, inwieweit Ver- und Entsorgungsmöglichkeiten für Müll, Wasser und Abwasser geschaffen werden können.

Herr Hamacher spricht die damit verbundenen Kosten an und meint, in den Fachausschüssen wäre dem Vorschlag nur ohne die Zapfsäulen zugestimmt worden.

Herr Aulich hat ebenfalls mit den zu erwartenden Kosten Probleme und fragt, wie die Abrechnung über Stromzähler odgl. gesichert werden kann. Deshalb regt er an, erstmal nur Stellplätze auszuweisen.

Herr Tschepe zeigt das entsprechende Verkehrs/Zusatzschild für die Ausweisung der Stellplätze (nach StVOZ für kurzzeitigen max. 2 bis 3 Nächste Aufenthalt von Freizeitfahrzeugen ausgelegt, die über ein geschlossenes Abwassersystem und eine Bordtoilette verfügen in Unterscheidung zu Cam-

pingplätzen o.ä.). Dementsprechend müssten keine weiteren Investitionen getätigt werden, um die gesetzlichen Erfordernisse zu erfüllen.

Herr Hamacher beantragt, die Stromzapfsäulen heute herauszunehmen und in die nächste Haushaltsplanung einzubringen. Herr Geike spricht dagegen, da die Plätze perspektivisch schon mit Strom ausgestattet werden sollten.

Abstimmung zum Antrag von Herrn Hamacher:

Ablehnung: 6 Ja 17 Nein 3 Enthaltung

Weitere Einreden gibt es nicht, so dass der Vorsitzende den Antrag der FDP abstimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

die Verwaltung wird beauftragt, auf dem Parkplatz an der Bullenwiese für 5-7 Wohnmobile Park-/Übernachtungsmöglichkeiten zu schaffen (Standard-Platz gemäß Planungshilfe Reisemobilplätze des Deutschen Tourismusverbandes). Diese sollten nur für Wohnmobile nutzbar sein, vom restlichen Parkbereich eindeutig abgegrenzt und mit Stromzapfsäulen ausgerüstet sein (kostenpflichtig). Eine Info-Tafel zu Sehenswürdigkeiten in der Stadt ist aufzustellen. Des Weiteren ist zu prüfen, inwiefern Ent- und Versorgungsmöglichkeiten für Wasser/Abwasser und Müll geschaffen werden können.

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

TOP 7.3 Antrag der AfD-Fraktion: Verkehrssituation in der Lange Straße

7/AN/178

Die einbringende AfD-Fraktion hat das Wort und Herr Aulich bittet, der Verkehrssituation in der Lange Straße durch die Prüfung eines Parkverbotes von 7.00 bis 17.00 Uhr insoweit abzuwehren, dass der Berufs- und Busverkehr ungehindert passieren kann. Alternativ wäre eine „Pflichtlücke“ zum Ausweichen denkbar.

Herr Wende spricht, so wie der Fachausschuss diskutierte, von einer Verkehrsberuhigung durch die parkenden Autos und Herr Sachse ergänzt, dass es lt. der Rückfrage bei einem Busfahrer dort in der Straße gar keine Problemlage bei vorausschauendem Fahren gibt.

Herr Aulich betont, dass es sich erstmal nur um einen Prüfauftrag handelt, ein zeitlich begrenztes Parkverbot zu untersuchen.

Ablehnung Ja 9 Nein 15 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 7.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Geschäftsordnung; Wahl sachkundiger EinwohnerInnen

7/AN/185

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeigen sich damit einverstanden, den Antrag in die zu bildende AG zur Überarbeitung der GeschO zu verweisen. Man legt auf die Voraussetzung Wert, dass bis spätestens Dezember 2020 erste Ergebnisse von der AG geliefert werden.

Herr Hamacher moniert, dass das zu spät sei. Solange wie die sachkundigen Ew nicht ordentlich benannt sind, müsse man auf ihre Sachkunde und Expertise leider verzichten.

**TOP 7.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Geschäftsordnung; 7/AN/186
Änderung des § 11, Abs. 2 und Anfügung eines Absatzes 3 im § 16 der
GeschO**

sh. TOP 7.4

**TOP 7.6 Antrag der SPD-Fraktion: Erstellung eines Nachtragshaushalts wegen 7/AN/190
gravierender Veränderungen auf der Einnahme- und Ausgabeseite**

Verweisung in den Fachausschuss

**TOP 7.7 Antrag der BFZ-Fraktion: Alle Kinder wieder ordentlich betreuen - Ap- 7/AN/191
pell der Stadt Fürstenwalde/Spree für die Rückkehr zur Regelbetreuung
mit begleitendem Corona-Test**

Zurückziehung

**TOP 7.8 Antrag der Fraktion DIE LINKE. Bericht des Werkleiters FSF zum
Wirtschaftsjahr 2019 und zum 1. Halbjahr 2020, zur Situation der FSF in
der Phase der Pandemie zum Neustart in den Einrichtungen sowie zum
Ausblick auf die Herausforderungen im Restjahr 2020**

Der Bürgermeister bittet um Verständnis, dass ein Bericht heute nicht geliefert werden kann. Zurzeit ist der Werkleiter noch nicht im Dienst und solange wird die Funktion von ihm wahrgenommen. Er unterrichtet aber, dass die Analyse, das Konzept des beauftragten Ingenieurbüros zur technischen Sanierung des SCHWAPP vorliegt. Einige Eckpunkte:

- Kostenschätzung brutto rd. 27 Mio€ (ohne Umsatzausfall für Schließzeiten), die notwendig sind, um die Grundsubstanz und den Marktwert mit über 300.000 Besuchern/Jahr zu erhalten.
- Grobplanung = Sanierung in drei Schritten mit unterschiedlichen Schließzeiten und beginnend mit einer Gesamtschließzeit, Schließzeit für den Freizeitbereich, Schließzeit für den Saunabereich
- Abschluss der Arbeiten in 2026
- Bescheinigung einer guten Zukunftsperspektive
- Potentiale, dass die möglichen Kosten refinanzierbar sind
- Eruierung und Recherche von Fördermitteln

Das Gutachten soll den SVV in den nächsten Tagen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Wende kritisiert die Untätigkeit und fordert vom Bürgermeister entschlossenes Handeln, dass eine der größten Attraktionen der Stadt wieder vorankommt. Jetzt erst Fördermittel zu aquirieren, ist viel zu spät. Das, so die Vereinbarung im Dezember 2018, ist kein neues Thema und hätte parallel umgesetzt werden können.

Herr Geike stellt fest, dass es eine Reihe ungelöster Probleme und Themen gibt. Aus diesem Grunde bittet er, in diesem Jahr keine Sommerpause einzulegen, sondern in Arbeitsgruppen weiterzuarbeiten.

Herr Peter Apitz regt die Bildung eines privat public partnership an, um für den großen Freizeitmagneten in der Region Partner zu finden.

Frau Fiedler möchte wissen, ob es bereits mit dem Landkreis Gespräche gab, sich finanziell einzubringen. Der Bürgermeister berichtet, dass er noch keine Gespräche geführt hat.

TOP 7.9 Beschluss zur Festlegung der Anzahl der sachkundigen EinwohnerInnen pro Fraktion

Der Vorsitzende erinnert, dass man sich in der konstituierenden Sitzung auf die Anzahl von 9 sachkundigen Ew/Fraktion und die Poolvariante verständigt hatte. Die Fraktionen haben bisher zahlenmäßig benannt:

BFZ 5, CDU 4, FDP 5, B 90/Die Gr. 3, SPD 3, AfD 2

Herr Sachse mahnt in diesem Zusammenhang an, dass es erforderlich ist, die sachk. Ew für bestimmte Ausschüsse zu benennen, die Poollösung kommt nach der Bbg. KVerf gar nicht in Frage. Außerdem ist kein Parteienproporz gefragt, sondern eine Beratung der Ausschüsse durch die sachk. Ew (Sachkunde). Er schlägt deshalb vor, in der Einwohnerschaft zu werben für die Möglichkeiten als sachk. Ew mitzutun und sich zu melden, sich in den Ausschüssen vorzustellen und die Ausschüsse treffen dann eine Auswahl, wer zur Benennung vorgeschlagen wird.

Herr Wende ergänzt, dass es durchaus denkbar wäre, so viele sachk. Ew zu benennen, wie die Fraktionen Mitglieder in den Ausschüssen haben.

Herr Hamacher favorisiert die Poollösung nach wie vor. Er kann in den Regelungen der KVerf auch keine andere Empfehlung finden. Wie die Fraktionen zu ihren sachk. Ew kommen, will er ihnen auch selbst überlassen.

Frau Schumann meint, kleine Fraktionen seien benachteiligt, wenn sie nur einen Vertreter/Ausschuss benennen können. So hat die FDP-Fraktion auch von der Poollösung profitiert. Auch die AfD-Fraktion spricht sich weiterhin für die Poollösung aus, sichert sie doch so eine breite Beteiligung der sachk. Ew. in den Ausschüssen.

Frau Wagner ist ein Gegner der Poollösung, sie hat festgestellt, dass oftmals gar kein sachk. Ew anwesend war. Die SPD-Fraktion kann sich zwei sachk. Ew/Ausschuss vorstellen (jeweils 1 Stell). Herr Rausch zitiert aus der BbgKVerf wonach sachk Ew ein aktives Teilnahmerecht in dem Ausschuss haben, in dem sie berufen sind. Demzufolge kann die Poollösung nicht optimal sein. Er hält es für realistisch, bis zur nächsten SVV durch die AG einen geeigneten Vorschlag unterbreiten zu lassen, um dann dort einen Beschluss zu fassen.

Die ausführliche Debatte veranlasst Herrn Aulich ein Ende einzufordern. Er verweist auf die AG.

Frau Meyer merkt an, dass die Ew in den Pool nicht ordnungsgemäß berufen wurden. Somit ist das schnellstmöglich nach der Sommerpause nachzuholen und alles Weitere in der GeschO zu regeln. Frau Behrmann sieht aufgrund der Debatte und der Anregungen noch weiteren Beratungsbedarf. Sie bittet, bis nach der Sommerpause mit einem vernünftigen Vorschlag abzuwarten. Frau Fiedler stellt den Antrag, einen Prüfauftrag an den Bürgermeister zu richten, ob nach BbgKVerf eine Poollösung möglich ist.

Abstimmung: 27 Ja 0 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen

Damit steht für die Arbeitsgruppe eine Sicherheit auch in der Diskussion in der SVV am 3.9.20.

TOP 7.10 Beschlussfassung zur Ernennung sachkundiger EinwohnerInnen gem. § 43 (4) Bbdg. KommVerf

TOP 7.11 Änderung der Satzung der Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - Kommunalen Eigenbetrieb

1

Der Bürgermeister informiert, dass die Satzung inzwischen geändert wurde. Außerdem hatte er im HA berichtet, dass es lediglich einen Formfehler zu heilen gibt, den die Kommunalaufsicht ange-mahnt hatte (... mit der angeführten Satzung ...). Deshalb ist der gesamte Satzungstext im Beschlussvorschlag eingefügt.

Es besteht kein Diskussions- oder weiterer Erläuterungsbedarf.

Ablehnung Ja 12 Nein 15 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.12 Neufassung der Satzung über die Versorgung mit Mittagessen in Ein-7/DS/144/richtungen der Kindertagesbetreuung in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree ab dem 01.06.2020 1

Herr Wichary berichtet, dass es in der Anlage befindlichen Satzung einen Zahlenfehler vorliegt. Genannt ist der monatliche Betrag von 29,61 €, richtig ist jedoch ein Betrag von 28,93 € für den Bereich Kinderkrippe und Kindergarten. Er bittet, die der DS angefügte Satzung zu beschließen. Sie soll ab 1.6.2020 in Kraft treten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage aufgeführte Satzung über die Versorgung mit Mittagessen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.13 Änderung zum Beschluss über das temporäre Nichterheben von Ki-7/DS/152/taentgelten gemäß Elternbeitragssatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree 1

Zurückziehung

TOP 7.14 Änderung zum Beschluss über das temporäre Nichterheben von Essen-7/DS/153/geld gemäß Essengeldsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree 1

Zurückziehung

TOP 7.15 Programm der Städtebauförderung "Stadtumbau III", hier: VertreterIn 7/DS/160 der Stadtverordneten im Beschlussgremium zum Verfügungsfonds

Als Vertreter wird Stefan Wende und als Stellv. Thomas Fischer vorgeschlagen.

Hierzu müsste ein geheimer Wahlgang vorbereitet werden, es sei denn darauf wird einstimmig verzichtet.

Da es eine Gegenstimme gibt, muss zum 03.09.2020 eine Wahl vorbereitet werden.

TOP 7.16 Ausführungsbeschluss Gehweg Neue Gartenstraße 7/DS/162

Herr Tschepe hat noch einige ergänzende Erläuterungen zur DS. In einem Gespräch bei anderer Gelegenheit waren sowohl die Obere als auch die Untere Denkmalschutzbehörde mit am Tisch. Dort ist von den Vertretern der Denkmalbehörde deutlich mitgeteilt worden, dass sie keiner anderen Lösung als dem hier gefundenen Kompromiss zustimmen werden, das würde bedeuten, so führt er aus, dann wenn es heute keine Zustimmung gäbe, dann kann das Projekt in Gänze nicht ausgeführt werden. Für alle Betroffenen wäre das die denkbar schlechteste Lösung, weil der kritisierte Belang (Bernburger Mosaik) sicherlich nicht so gut berollbar ist, wie ein Plattenbelag, aber nach Auffassung der Denkmalbehörde und der Verwaltung durchaus vertretbar ist.

Herr Tschepe verbindet mit seinen Ausführungen das Versprechen künftig den Behindertenbeirat formgerecht beteiligen. Er bittet jetzt um die Zustimmung zum Ausführungsbeschluss, dass dieses Jahr noch die Ausschreibung erfolgen kann und in 2021 zu realisieren.

Herr Peter Apitz verweist noch einmal, dass ihm die Beteiligung des Seniorenbeirates und des Behindertenbeirates nachzuweisen ist. Ihn verwundert, dass hier nur der Denkmalschutz befragt wird und bezeichnet es als groben Verstoß gegen die Mitbestimmung der Senioren und der Menschen mit Behinderung. Das rügt er außerordentlich.

Mit großer Sicherheit ist die vorgeschlagene Lösung eine für die nächsten 30 bis 40 Jahre. Dort wird sehr viel Geld investiert für diesen Gehweg ohne das eine gute Lösung gefunden wurde. Er widerspricht mit Vehemenz der DS und will das als gewählter Vertreter nicht zulassen.

Herr Wende kann das Handeln von Herrn Apitz nachvollziehen. Allerdings nehmen die Mitglieder der Beiräte auch an den Ausschusssitzungen teil, hier hätten sie sich an der Diskussion beteiligen können. Außerdem plädiert Herr Wende, dem Ausführungsbeschluss unter der Maßgabe zuzustimmen, dass jetzt dort in der Neue Gartenstraße ein kaum passierbarer Geh- und Radweg vorhanden ist. Auf der anderen Straßenseite sind die gewünschten Platten verlegt. Deshalb ist das ein Kompromiss an der Stelle zwischen Denkmalschutz und den Interessen der Menschen mit Behinderung.

Frau Wagner denkt auch an die Sehschwache und Blinde, denen es möglich sein muss, eine Straße sicher zu überqueren. Dafür gibt es geeignete bauliche Möglichkeiten. In anderen historischen Städten geht es ja auch. Ihr fehlt der weitsichtige Blick auf die Problemlage, über die man seit über 15 Jahren debattiert. Man darf nicht nur über Inklusion reden – man muss sie auch leben.

Herr Dippe merkt an, dass eine Inaugenscheinnahme durch Mitglieder des Behindertenbeirates vor Ort erfolgte und es keinen Widerspruch von ihrer Seite gab. Herr Apitz stellt richtig, dass das aufgrund eines MOZ-Artikels geschah und nicht, weil die Verwaltung dazu eingeladen hatte.

Frau Behrmann meint, man lebe in einer Zeit, in der die Menschen eher älter und mobilitätseingeschränkter werden. Die Entwicklung bzw. die Bewertung oder Ausgewogenheit zwischen Denkmalschutz und Belange dieser Menschen trägt dem leider nicht Rechnung. Der Denkmalschutz genießt unverständlicherweise Vorrang vor der Barrierefreiheit.

Sie hofft, dass in Zukunft und bei weiteren baulichen Vorhaben die Barrierefreiheit einen größeren Stellenwert einnimmt.

Er beantragt, die Stellungnahmen der Beiräte einzuholen und erst dann eine Entscheidung zu treffen.

Abstimmung: 12 Ja 13 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und der Vorsitzende lässt den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ausführung des südlichen Gehweges Neue Gartenstraße, von der Grünstraße bis zum Straßenknick an der Bahntrasse, entsprechend der vorliegenden Ausführungsplanung.

Zustimmung Ja 20 Nein 5 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7.17 Bebauungsplan nr. 112 "Nahversorgungszentrum Nord" hier: 7/DS/163 Auslagebeschluss

Es gibt keinen Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 112 „Nahversorgungszentrum Nord“ (Stand: 28.04.2020) zur Kenntnis. Sie beschließt, mit diesem Entwurf die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB, durchzuführen.

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

**TOP 7.18 Bebauungsplan Nr. 110 "Otto-Lilienthal-Straße II" 7/DS/164
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB**

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Eingangs wird darüber beschlossen, auf die Beschlussfassung der einzelnen Abwägungsbelange zu verzichten (ab Seite 5) und die Abstimmung in Gänze abzustimmen.

Abstimmung: 28 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 a BauGB keine Stellungnahmen abgegeben wurden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB Stellungnahmen eingegangen sind. Über den Sachverhalt der Stellungnahmen, ersichtlich in der Anlage 'DS 7/DS/164 Anlage 2: Abwägung der Belange aus den Stellungnahmen der Beteiligungen zum Bebauungsplan Nr. 110 "Otto-Lilienthal-Straße II" der Stadt Fürstenwalde/Spree (Stand: 06.05.2020)', wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Nov. 2017 (BGBl. I S. 3634), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) und der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, Nr. 19, S. 286) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I/19, Nr. 38), wird der Bebauungsplan Nr. 110 "Otto-Lilienthal-Straße II" - für das Gebiet der Gemarkung Fürstenwalde/Spree: Flur 73, Flurstücke 26/1 tw., 165 tw., 167 tw., 57/1, 171, 172, 173, 175, 176 - bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wird gebilligt.
3. Mit dem Beschluss über den Bebauungsplan Nr. 110 "Otto-Lilienthal-Straße II" treten im Bereich des Bebauungsplans die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 05 "Juri-Gagarin-Straße/Steinhöfeler Chaussee" außer Kraft.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 7.19 Bebauungsplan Nr. 96 "Wohnen an der Ferdinand-Bauer-Straße", hier: 7/DS/179
Änderung des Aufstellungsbeschlusses**

Nancy Krüger bittet, bei ähnlichen Vorhaben eine nachhaltige Bebauung zu ermöglichen (regenerative Maßnahmen). Herr Geike gibt den Hinweis, dass das gesetzlich (regenerative Maßnahmen im Baugesetz, Brand- und Schallschutz etc) klar geregelt ist und Herr Wende ergänzt, dass die Stadt hier nicht Bauherr ist. Die Stadt schafft nur Planungsrecht.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 96 „Wohnen an der Ferdinand-Bauer-Straße“ vom 10.09.2015 wie folgt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 96 „Wohnen an der Ferdinand-Bauer-Straße“ für die Flurstücke 110/2 teilweise, 110/3 teilweise, 117 teilweise, 568, 709 und 711 der Flur 157 der Gemarkung Fürstenwalde/Spree.

2. Der Bebauungsplan soll im Regelverfahren mit Umweltbericht gemäß §§ 2 - 10a BauGB weitergeführt werden.

Zustimmung Ja 27 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.20 Ergebnis zum Prüfauftrag Einführung eines Livestreamings (7/AN/023) 7/IV/192

Der Bürgermeister erinnert an den Prüfauftrag zur Einführung eines Livestreamings. Nun wurden einige Informationen zusammengetragen, die ein Livestream so realisieren, dass Zuschauer z.B. nicht gegen ihren Willen gefilmt werden können. Es gibt auch ein unverbindliches Kostenpaket von Anschaffung und laufenden Kosten im Überblick. Es soll eine Grundlage sein und zur Entscheidungsfindung dienen (weiter in der AG GeschO, Haushaltsdiskussion).

In der Diskussion dazu werden verschiedene Positionen eingenommen, Herr Dippe ist auf jeden Fall für die Einführung, angesichts der Kosten aber auch für eine Debatte im Rahmen der Haushaltsplanung 2021.

Herr Aulich schlägt vor, den Sachverhalt im Finanzausschuss zu beleuchten. Vielleicht, so sein Vorschlag, könnte man den Ton streamen.

Frau Schumann und Herr Rausch lehnen die Einführung allein aufgrund der hohen Kosten ab. Frau Schumann sträubt sich gegen die Veröffentlichung auf Facebook und Herr Rausch vergleicht die Kosten mit denen für ein Feuerwehrrettungsboot, Spielgeräte, 2 Bushaltestellen o.ä. und hält die Anschaffung unter jetziger Beachtung der finanziellen Situation für nicht angemessen.

TOP 8 Informationen der Verwaltung

In der öffentlichen Sitzung gibt es keine Informationen.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Frau Fiedler fragt nach dem Regenwasserkonzept im OT Trebus. Herr Tschepe wird die Antwort in der kommenden Woche im Hauptausschuss geben.

Frau Meyer bittet um Informationen, wie nach der Ablehnung der Betriebssatzung FSF und der Tatsache, dass die davor gültige Satzung weiterhin Rechtskraft hat, nunmehr weiter verfahren wird. Im Schwapp besteht dringender Handlungsbedarf und sie hält es für geboten, nicht einfach in die Sommerpause zu gehen sondern sich mit der Thematik auseinanderzusetzen und auch mitzuteilen, wie mit dem in der vorherigen Sitzung bestellten Werkleiter umgegangen wird. Sie fragt, ob bereits ein Arbeitsvertrag unterzeichnet wurde.

Der Bürgermeister kann keine der Fragen hier jetzt beantworten. Er beantwortet die letzte Frage mit Ja, es wurde ein Arbeitsvertrag geschlossen in Ausführung, was die SVV zur Satzung und Ausschreibung Werkleitung beschlossen bzw. den Werkleiter gewählt hatte.

Frau Meyer fragt noch nach, ob der Bürgermeister zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Arbeitsvertrages wusste, dass die gefasste Satzung unwirksam ist (Schreiben der Kommunalaufsicht vom 19.5.2020). Dies beantwortet er mit Nein.

Herr Dippe fragt den Ersten Beigeordneten, ob die Fragen des Kita- und Grundschulbeirates im Kontext mit der Corona-Pandemie (mögliche Auswirkungen und Neustrukturierungsmaßnahmen an Kitas und Grundschulen) beantwortet wurden. Er schätzt die Arbeit des Beirates sehr und bittet, das auch von Seiten der Verwaltung zu vermitteln.

Herr Wichary teilt insbesondere den letzten Punkt, der Beirat ist gewählt, um in beratender Funktion besonders den SV zur Seite zu stehen und der Verwaltung mit Hinweisen. Die vielen Hinweise können allerdings in dieser Schlagzahl nicht beantwortet werden, gerade in der Covid-19-Zeit. Weiterhin ist es wichtig zu erwähnen, dass die Fragen aus einem Positionspapier resultieren (das hat der Beirat jedoch nicht wirksam verabschiedet). Darüber hinaus ist auch die Arbeit der Stadt-Eltern-AG

und die Ansprechpartner in den Schulen/Schulleiter wichtig. Er wird deshalb nach der Sommerpause ein klärendes Gespräch suchen. Im KuS ist er bemüht, alle Fragen zu beantworten, zumeist liegen sie oft außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Stadt oder sind in Verfahren begründet, die nicht zur Zufriedenheit der Eltern laufen. Der Beirat sollte sich aber als Interessenvertretung aller Eltern verstehen und kein bilaterales Gesprächsverhältnis mit der Verwaltung führen. In der Tat müssen sehr viel mehr Beteiligte an einen Tisch.

Frau Schumann fragt nach, ob und warum der Springbrunnen im Stadtpark nicht funktionstüchtig ist. Außerdem möchte sie wissen, ob ein Campingplatz an der Spree weiterhin verfolgt oder ad acta gelegt wird. Hierzu berichtet der Bürgermeister, dass das Vorhaben nicht zu den Akten gelegt sondern weiterhin verfolgt wird.

Herr Tschepe berichtet, dass am Springbrunnen durch eindringendes Wasser die Technik beschädigt wurde. Man sucht die Ursache und erste Analysen haben kein befriedigendes Ergebnis geliefert, es dringt weiterhin Wasser ein. Offensichtlich handelt es sich um eine größere Beschädigung. Auf die Nachfrage von Herrn Aulich, wer die Kosten übernimmt berichtet Herr Tschepe, dass die Technik durch eindringendes Wasser beschädigt wurde (keine Gewährleistung für die Brunnentechnik). Vor allem geht es darum, die Ursache zu finden. Dafür waren bereits Gutachter, Planer, Hersteller vor Ort aber es ist noch keine abschließende Klärung möglich gewesen.

Frau Behrmann fragt zum Stand Uferstraße (alte Wollfabrik), zur Sicherung der Aufbauschule und gibt den Hinweis, dass sich die Straße am Goetheplatz/Bullenwiese in den Abendstunden zur Auto-Rennstrecke entwickelt hat.

Der Bürgermeister berichtet zur Uferstraße, dass der Zeitplan durch die Covid-19-Maßnahmen stark zurückgeworfen wurde. Eigentlich war die Ausschreibung für das II. Quartal geplant. Nunmehr werden die Gespräche wieder aufgenommen, die Ausschreibungsmatrix ist soweit vorbereitet.

Herr Tschepe berichtet, dass die entsprechenden Untersuchungen für die Sicherungsmaßnahmen beauftragt wurden, diese sind weitgehend abgeschlossen. Es liegt ein Konzept vor, wie noch in diesem Jahr vorzugehen ist (im Finanzhaushalt mit einem Volumen über 75.000 €). Dafür wird ein Grundsatz- und Baubeschluss für die nächste Terminkette vorbereitet.

Zur dritten Frage berichtet Herr Wichary, dass die Überwachung des fließenden Verkehrs Sache der Polizeibehörde ist. Der Hinweis wird mitgenommen und mit der Polizei besprochen.

Herr Wende erinnert an die von der Fraktion DIE LINKE gestellten Fragen (z.B. geführte Klageverfahren, 6 Fragen zur Festplatznutzung), zu denen noch keine Antworten vorliegen. Dazu liegt immer noch keine Antwort vor. Die freundliche E-Mail auf die 6 Fragen beantwortet sie nicht. Die Frage der geführten Klageverfahren ist immer noch nicht geklärt. Von einem vom Bürgermeister erwähnten Auftrag wusste die Rechtstelle nichts.

Weiterhin möchte er wissen, wann der Arbeitsvertrag des Werkleiters unterzeichnet wurde und ob es üblich ist, dass eine im Dezember beschlossene Satzung erst am 10.3.2020 zur Prüfung beim Landkreis eingereicht wird.

Der Bürgermeister kann momentan zu den beiden letzten Fragen keine Antwort geben.

Er meint, die Liste der Klageverfahren müsste verabredungsgemäß inzwischen bei Herrn Wichary vorliegen. Der Bürgermeister hat sie nicht und weiß nicht, ob sie besprochen wurde. Zu den anderen Fragen wird er eine Beantwortung nachreichen.

Herr Geike fragt, ob der Galgenberg wieder geöffnet wird. Außerdem möchte er wissen, ob im Bereich Wriezener/Marchlewski/K-Liebknecht-Straße beabsichtigt ist oder geprüft werden kann, dort Bordsteine abzusenken.

Der Vorsitzende weiß, dass der Galgenberg (mit Öffnungszeiten) durchaus zugänglich ist.

Herr Tschepe nimmt die andere Anfrage mit. Frau Behrmann merkt ebenfalls an, dass die Gehwegsituation in Fwe.Nord sehr zu wünschen übrig lässt. Sie fragt, ob es eine Auflistung über den Zustand der Geh- und Radwege (ableitend Sanierungsvorhaben) gibt oder so etwas anregen.

Der Bürgermeister berichtet, dass es beabsichtigt ist, ein Straßenkataster zu erstellen inkl. der Geh- und Radwege, Borde, Querungshilfen etc.

Herr Rausch fragt zum Stand der Beteiligung/Vorschläge zum Bürgerbudget. Er bittet, bis 30.6. noch einmal Öffentlichkeitsarbeit zu machen, um ein buntes Potpori an Anträgen zu haben.

Der Bürgermeister begrüßt die Anfrage und erwähnt in diesem Zusammenhang, dass im Gang des Rathauses eine neue Ausstellung mit den Projekten der vergangenen Jahre eröffnet wird.

Herr Mattigk fragt, ob es auch in diesem Jahr wieder zusätzliche Abstimmungsmöglichkeiten zum Bürgerbudget (außerhalb der zentralen Abstimmungstages) im Rathaus geben wird. Zumal man noch nicht weiß, ob es in diesem Jahr eine zentrale Veranstaltung geben kann.

Der Bürgermeister schlägt vor, diese Thematik im HÜA zu diskutieren, dort werden auch die Vorschläge vorgestellt.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 20.50 Uhr und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 12 Seiten.

Uwe Koch

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin